

Hebertinger will Abberufung des Landtags durch das Volk

SPD-Vorsitzende fordert Konsequenz aus HGAA-Pleite

Eggenfelden. „Wenn unter den führenden CSU-Politikern 3,75 Milliarden Euro Steuergelder verpulvert, verbrannt und aus dem Fenster geschmissen werden, kann es nur Neuwahlen geben.“ Die SPD-Kreisvorsitzende Renate Hebertinger hat sich angesichts der Vorgänge um die BayernLB und die HGAA-Pleite hinter eine entsprechende Forderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Markus Rinderspacher, gestellt.

Hebertinger weist darauf hin, dass der Landtag laut Verfassung auch auf Antrag von einer Million wahlberechtigter Staatsbürger durch Volksentscheid abberufen werden könne. Dies müsste jetzt durch die SPD schnell in die Tat umgesetzt werden.

Renate Hebertinger führte weiter aus: „Die CSU soll den Menschen erst einmal diesen Betrag erklären. Das sprengt jegliches Vor-

stellungsvermögen.“ Ein Arbeitnehmer müsste 93 750 Jahre dafür arbeiten. Mit 3,75 Milliarden Euro könnte zehn Jahre lang jedem Schüler in Bayern ein warmes Mittagessen finanziert werden.

Nicht die Wirtschaftskrise habe die HGAA-Pleite verursacht, so Hebertinger: „Es war vielmehr eine Mischung aus Großmannsucht, wirtschaftlichem Dilettantismus, politischer Verantwortungslosigkeit und Provinzialismus.“ Das Vertrauen in die vermeintlich wirtschaftliche und politische Elite des Landes wäre daher bis ins Mark erschüttert.

Es sei für sie gewiss, so Renate Hebertinger in einer Pressemitteilung, dass die CSU die Menschen im Freistaat vor der Landtagswahl 2008 „nach allen Regeln der Kunst belogen“ habe, um an der Macht zu bleiben.

– eck